



Kunst statt Verwaltung

Neue Wege in der Tanzförderung

Von Gabriele Wittmann

Um die 1.000 Choreografen erschaffen in Deutschland jährlich ein bis zwei Premieren. 10.000 Professionelle arbeiten im Tanzbereich. 10 Millionen Euro fließen in Freie Projekte, 100 Millionen Euro in Feste Häuser. Doch dieser Reichtum, diese Vielfalt werden nicht sichtbar. Welche Strukturen behindern dies? Und wie ließe sich das ändern? ‚Neue Wege in der Tanzförderung‘ suchten auf einem Panel Künstler und Politiker.

Abrechnungen schlucken Fördergelder

Zu Beginn schilderten drei Künstler ihre Perspektive. Helena Waldmann bejahte zunächst das Arbeiten als freie Choreografin, sie sei „nicht gerne Hausmeister“. Sie stellt ihr Ensemble für jedes Projekt neu zusammen, eine Agentur kümmert sich um alles Weitere. Häuser wie der Mousonturm bieten Infrastruktur, erwarten allerdings auch, dass die Künstler selbst ihre Förderung mitbringen. „Was ist das für ein Verständnis von Gastfreundschaft?“ fragte Waldmann. Und: Wie kann es sein, dass die Spielstätten eine Bekanntheit und Ausstrahlung des eingeladenen Künstlers erwarten? Haben sie selbst keine? Vor allem aber kritisierte sie die Verwaltung. Abrechnungsverfahren seien extrem aufwändig, es herrsche Misstrauen und Angst. Als Beispiel der absurden Verfahren berichtete sie von einer Ko-Produktionsförderung, bei der sie am Ende mehr Geld als geplant selbst eingeworben hatte, und es schließlich zurückgeben musste. Eine absurde Konstruktion? Ihre Forderung: Die Verwaltung müsse endlich minimiert werden, sodass der Künstler beispielsweise verwaltet wird mit einer für alle gut nachvollziehbaren, transparenten Struktur. Und zugesagtes Geld müsse in die Hand des Künstlers gelangen.

Stephanie Thiersch mit ihrer Compagnie Mouvoir erhält derzeit eine dreijährige Spitzenförderung in NRW – eine fortschrittliche Konstruktion. Allerdings frisst auch bei ihr die Verwaltungsarbeit ein Drittel der Förderung. Sie brachte es auf die Formel: „Ein bisschen mehr Förderung bedeutet viel mehr Verwaltung – und ganz wenig mehr Kunst.“ Sie würde es begrüßen, wenn mehr Tänzer in Compagnien längerfristige Verträge abschließen könnten, doch dafür brauche es eben längere Verbindlichkeiten. Ihre ernüchterte Erfahrung: „Viele Künstler richten ihre Arbeiten inzwischen nach vorgegebenen Förderrichtlinien aus.“

Gregor Zöllig, der seit 2005 das Tanztheater am Theater Bielefeld führt, sieht es als ein „Pfund“ an, das tänzerische Erbe erhalten und Neues entwickeln zu dürfen. Er kann Repertoire aufbauen, verfügt über einen Gäste-Etat, kann Nachwuchsförderung betreiben. Und er hat seit 2007 Vermittlungsarbeit geleistet, die kontinuierlich gefördert wurde. Doch was, wenn Kommunen Pleite gehen oder der Intendant wechselt? Sollte Tanz nicht eine Breiten-Förderung erhalten? Zöllig forderte einen Rettungsschirm, um nationale Ensembles bei Gefährdung zu erhalten. Und wie seine Vorredner längere Förderzeiträume. Und schließlich: Die Mitfinanzierung der Vermittlungsarbeit durch den öffentlichen Bildungsetat, statt den Kulturhaushalt zu belasten.

Neue Wege in der Politik

Die geladenen Politiker und Intendanten zeigten sich teilweise mit den Künstlern auf einer Linie. „Die Forderungen von Helena Waldmann und Stephanie Thiersch sind berechtigt“, meinte Hans-Georg Küppers, Kulturreferent der Stadt München. Und

berichtete von Neuerungen in der bayerischen Landeshauptstadt: Als erste Maßnahme haben sie den obligatorischen Eigenanteil der Künstler abgeschafft. Zweitens das Förderkriterium der Innovation, der „völliger Unsinn“ war – besser sei doch eine längerfristige Förderung. Außerdem bräuchten ausgebrannte Künstler eine Atempause, in der sie ohne Produktionszwang Fortbildungs- oder Arbeitsstipendien in Anspruch nehmen können, auch dafür setze er sich ein.

Das Land NRW möchte ebenfalls mit überflüssigen Problemen aufräumen, so die dortige Jugend- und Kulturministerin Ute Schäfer. Das Kulturförderungsgesetz solle erneuert und Abrechnungen vereinfacht werden. Außerdem möchte man zwischen Wissenschaft, Kultur und Bildung ressortübergreifend handeln, wofür bereits eine AG gegründet wurde. Und Kooperationen zwischen den Behörden müssten einfacher werden: „Man muss den Tanz über alle Ebenen denken, Kommunen, Land, und Bund.“

Hortensia Völckers, Vorsitzende der Kulturstiftung des Bundes, sorgte sich. „NRW hat so viele Häuser, ich habe Angst, dass das System zusammenbricht.“ Im Verhältnis zu den Freien Ensembles gehe viel Geld an die festen Stadttheater. „Das will man auch nicht abschaffen“, so Völckers. „Aber man muss sich fragen: Wie öffnen sich die Häuser?“ Sie wünscht sich, dass der Bund ausgewählte Pilotprojekte stärker mitfinanziere. Der Tanzplan habe immerhin 12 Millionen Euro gekostet, aber „25 Millionen Euro generiert“.

Bertram Müller, Vorstandsmitglied im Dachverband Tanz, sieht das Problem vor allem in der globalen Vernetzung. Die Stadttheater seien kaum in der Lage, international zu kooperieren. Weshalb der Dachverband Tanz vorgeschlagen habe, Bund und Länder hier stärker einzubeziehen.

Neue Wege der Förderung führen in Zukunft also stärker durch mehrere Behörden, Länder und Verantwortlichkeiten. Und dabei muss die Kunst im Vordergrund stehen, nicht die Verwaltung – so das Fazit aller Beteiligten. Eine Quadratur des Kreises? Vielleicht nicht, wenn kundige Politiker künftig mit erfahrenen Leitern von Institutionen an einem Strang ziehen – und den Mut zu Lösungen mitbringen.